

## Stellungnahme

# Klimaschutzprogramm der Bundesregierung – Öffentlichkeitsbeteiligung

Berlin, 13.01.2026

Zentralverband des Deutschen Handwerks  
Bereich Wirtschaftspolitik  
+49 30 20619-267  
moczygemba@zdh.de

Lobbyregister: R002265  
EU Transparency Register: 5189667783-94

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von rund 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit rund 5,6 Millionen Beschäftigten und 350.000 Auszubildenden. Als Spitzenorganisation der Wirtschaft bündelt der ZDH die Arbeit von Handwerkskammern, Fachverbänden des Handwerks auf Bundesebene sowie bedeutenden wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks in Deutschland.

Mit E-Mail vom 9. Dezember 2025 hat uns das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) über folgendes informiert: „Deutschland soll bis zum Jahr 2045 treibhausgasneutral werden. So regelt es das Bundes-Klimaschutzgesetz, und gibt den Weg dorthin vor: bis zum Jahr 2030 soll der Treibhausgasausstoß mindestens 65 Prozent, bis zum Jahr 2040 mindestens 88 Prozent geringer sein als im Jahr 1990. Parallel zur Minderung des Treibhausgasausstoßes sollen die natürlichen Senken ausgebaut werden. Die Maßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen, werden in den Klimaschutzprogrammen der Bundesregierung verankert und beschlossen.

Nach § 9 Bundes-Klimaschutzgesetz dient das innerhalb der ersten zwölf Monate der Legislaturperiode durch die Bundesregierung zu beschließende Klimaschutzprogramm der Erreichung der nationalen Klimaziele bis 2030 und 2040 und trägt darüber hinaus auch zur Erfüllung der Verpflichtungen aus der europäischen Klimaschutzverordnung bei. Begleitend zur derzeit laufenden Arbeit am Klimaschutzprogramm lädt das BMUKN als federführendes Ressort ab heute Länder, Kommunen sowie ein breites Spektrum an Wirtschaftsverbänden, zivilgesellschaftlichen Verbänden und wissenschaftliche Begleitgremien der Bundesregierung ein, sich mit eigenen Vorschlägen an der Arbeit am Klimaschutzprogramm zu beteiligen.“ Ferner wurde uns mitgeteilt, dass unsere Antworten auf die nachfolgenden fünf Fragen wertvolle Impulse liefern würden und die fachliche Grundlage für diesen Prozess darstellen würden.

Für die Einbindung in diesen Prozess danken wir an dieser Stelle und beantworten die von Ihnen gestellten Fragen wie folgt:

**1. Welche zusätzlichen, konkreten Maßnahmen in den Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Landnutzung/Forst (auch sektorübergreifende Maßnahmen), bzw. Änderungen bestehender Maßnahmen können dabei helfen, diese Ziele sicher zu erreichen? Welche finanziellen oder rechtlichen Voraussetzungen, einschl. Ordnungsrecht, sind dafür erforderlich?**

Deutschland kann seine Klimaziele nur erreichen, wenn Klimaschutzmaßnahmen alle Sektoren systematisch berücksichtigen und gleichzeitig technologieoffen gestaltet werden. Dabei sollte die Stromsteuersenkung allen Verbraucherinnen und Verbrauchern zugutekommen, nicht nur einzelnen Branchen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass Betriebe nicht durch übermäßige Berichtspflichten belastet werden, die ihre Handlungsfähigkeit einschränken und somit ihren Beitrag zum Klimaschutz unnötig behindern.

Der Ausbau erneuerbarer Energien erfordert zugleich einen Umbau des gesamten Energiesystems, insbesondere durch sektorenübergreifende Verknüpfungen von Strom, Wärme und Verkehr sowie durch dezentrale Speicherlösungen. Eine technologieoffene Sektorkopplung ist hierbei entscheidend, um erneuerbare Energien optimal zu nutzen, Engpässe zu vermeiden und sie effizient in das Gesamtsystem zu integrieren.

Auch Gebäude müssen als einheitliche Energiesysteme betrachtet werden: Erneuerbare Energien, Gebäudehülle, Gebäudetechnik, E-Mobilität und Speicherlösungen sollten von Beginn an gemeinsam geplant werden. Der bestehende Sanierungsstau erfordert gezielte Förderanreize, um individuelle, technologieoffene Lösungen umzusetzen. Eine einseitige Bevorzugung einzelner Maßnahmen mindert die Akzeptanz und vernachlässigt erhebliche Potenziale für zusätzlichen Klimaschutz. Um Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, muss der Endenergieverbrauch im Gebäudebestand um rund ein Drittel reduziert und die Sanierungsrate deutlich gesteigert werden. Dabei sollten politische Rahmensetzung und Förderprogramme das Nutzerverhalten stärker berücksichtigen, um die Effektivität der Maßnahmen sicherzustellen.

Das Handwerk steht bereit, passgenaue und individuelle Lösungen für jedes Gebäude umzusetzen. Deshalb sind qualifizierte Beratungen durch Fachkräfte des Handwerks unverzichtbar für die Steigerung der Energieeffizienz. Individuelle Sanierungsfahrpläne sowie die Fachunternehmerbescheinigung haben sich als bewährte Instrumente zur Qualitätssicherung etabliert und sollten gesetzlich anerkannt sowie bei Förderprogrammen berücksichtigt werden. Gleichzeitig trägt die Stärkung des Handwerks zur Beschleunigung von Bauprozessen bei, beispielsweise durch erweiterte Zuständigkeiten von Meisterinnen und Meistern bei Bauvorlagen, was Kosten senkt und Planungszeiten verkürzt.

## **2. Wie kann das Klimaschutzprogramm so ausgestaltet werden, dass es vulnerable Gruppen und insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen nicht überfordert, eine faire Verteilung der Kosten und Nutzen gewährleistet und eine hohe gesamtgesellschaftliche Akzeptanz findet?**

Um sicherzustellen, dass Klimaschutzmaßnahmen für alle Haushalte tragbar sind, müssen Energiepreise langfristig sinken und nicht weiter steigen. Dazu gehört eine Senkung der Stromsteuer für alle sowie die verstärkte Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien. Brückentechnologien sollten so lange genutzt werden, bis das Stromnetz ausreichend ausgebaut ist, um eine verlässliche Versorgung sicherzustellen. Andernfalls könnten einzelne Wirtschaftszweige, wie etwa systemrelevante Textilreinigungen und Lebensmittelhandwerke, die auf eine hohe Energiezufuhr angewiesen sind, durch steigende Kosten und unzureichende Energieverfügbarkeit benachteiligt werden, da erneuerbare Energien derzeit allein noch nicht ausreichend sind.

Um eine hohe Akzeptanz der Maßnahmen zu erreichen, müssen Bürgerinnen und Bürger die Maßnahmen nachvollziehen können. Fehlkommunikation, wie sie bei ersten Entwürfen des Gebäudeenergiegesetzes aufgetreten ist, muss unbedingt vermieden werden. Haushalte sollten durch qualifizierte Fachkräfte – wie etwa das Fachhandwerk – beraten werden, denen sie vertrauen, um langfristig die optimale individuelle Energieversorgung zu erhalten. Dies garantiert qualitativ hochwertige Einbauten und Sanierungen, senkt langfristig die Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher und stärkt die gesellschaftliche Akzeptanz. Staatliche Abfederungen sind dabei erforderlich, damit sich alle Haushalte die Maßnahmen leisten können und niemand benachteiligt wird.

## **3. Welche Änderungen von Rahmenbedingungen und Anreizen können dabei helfen, weitere Investitionen in die Transformation zur Klimaneutralität und die Marktdurchdringung von Schlüsseltechnologien für die Klimaneutralität zu beschleunigen? Wie kann dabei die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestärkt werden? Wie kann die Wirksamkeit marktwirtschaftlicher Instrumente bestmöglich gewährleistet werden?**

Um die Transformation hin zu Klimaneutralität erfolgreich und zugleich wirtschaftsverträglich zu gestalten, sind mehrere zentrale Rahmenbedingungen notwendig. Zunächst ist ein Bürokratieabbau, gerade im Bereich der Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie bei den Berichts- und Dokumentationspflichten essenziell, damit Betriebe schnell und unbürokratisch in klimafreundliche Technologien investieren können. Ergänzend dazu müssen verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Planungssicherheit bieten und Investitionen in Schlüsseltechnologien wie erneuerbare Energien oder energieeffiziente Verfahren fördern.

Marktwirtschaftliche Instrumente, wie ein effizient und baldig ausgestalteter Emissionshandel, können dabei helfen, Anreize für Klimaschutzmaßnahmen zu setzen, sofern sie transparent, planbar und technologieoffen gestaltet sind. Gleichzeitig sollte die Fachkräfteeinwanderung gezielt gefördert werden, um die Handwerksbetriebe, die große Teile der praktischen Umsetzung der Klimatransformation verantworten, mit qualifiziertem Personal zu stärken.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Modernisierung der Energieinfrastruktur: Intelligente Netze und dezentrale Versorgungsstrukturen steigern die Effizienz der Energie- und Stromversorgung, ermöglichen die optimale Nutzung erneuerbarer Energien und machen Deutschland international zu einem Vorbild für eine smarte, vernetzte Energieversorgung. Dezentrale Versorgungslösungen sind dabei besonders relevant, um Engpässe zu vermeiden, Versorgungssicherheit zu gewährleisten und lokale Potenziale für Klimaschutz und Wertschöpfung zu nutzen.

Schließlich gelingt die Transformation am besten, wenn sie harmonisch und schrittweise erfolgt, statt die Kernelemente der Energieversorgung abrupt auszutauschen. Auf diese Weise kann die Wirtschaft mitwachsen, sich auf neue Technologien einstellen und langfristig stabil in eine klimaneutrale Zukunft investieren.

#### **4. Wie kann das Klimaschutzprogramm Impulse zur Belebung der Konjunktur geben? Worauf sollte angesichts der substantiellen Konsolidierungsbedarfe im Bundeshaushalt sowie der gebotenen Kosteneffizienz besonderes Augenmerk gelegt werden?**

Das Klimaschutzprogramm kann wirksame Impulse zur Belebung der Konjunktur setzen, wenn es gezielt private und betriebliche Investitionen in klimafreundliche Technologien und Infrastruktur auslöst. Insbesondere Investitionen in erneuerbare Energien, energetische Sanierungen, intelligente Netze, Speicherlösungen und energieeffiziente Verfahren schaffen unmittelbar Aufträge für mittelständische Betriebe, stärken regionale Wertschöpfungsketten und sichern Beschäftigung. Damit wird Klimaschutz zugleich zu einem Wachstumstreiber für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Angesichts der erheblichen Konsolidierungsbedarfe im Bundeshaushalt ist dabei besonderes Augenmerk auf Kosteneffizienz, Zielgenauigkeit und Hebelwirkungen zu legen. Förderprogramme sollten so ausgestaltet sein, dass sie private Investitionen mobilisieren, anstatt vollständig staatlich zu finanzieren, und langfristig zu dauerhaften Energie- und Kosteneinsparungen führen. Technologieoffene Förderansätze und steuerliche Anreize können hierbei eine hohe Wirksamkeit entfalten, ohne den Haushalt dauerhaft zu belasten.

Gleichzeitig sollten Investitionen in Fachkräfte, Qualifizierung und Beratung als konjunkturstützende Maßnahmen verstanden werden, da sie die Umsetzungskapazitäten der

Betriebe sichern und die Nachhaltigkeit der Investitionen erhöhen. Dabei kommt der gezielten Fachkräfteeinwanderung eine zentrale Rolle zu, um insbesondere die Klimahandwerke zu stärken, die den Transformationsprozess praktisch umsetzen und damit unmittelbar zur Wertschöpfung und zur wirtschaftlichen Stabilisierung beitragen.

Insgesamt kann das Klimaschutzprogramm dann konjunkturell wirksam und haushaltspolitisch verantwortungsvoll sein, wenn es wirtschaftsnah, investitionsfreundlich und effizient ausgestaltet wird, klare und verlässliche Rahmenbedingungen schafft und öffentliche Mittel gezielt dort einsetzt, wo sie langfristige Wachstums- und Beschäftigungseffekte entfalten, wo sie eine nachhaltige wirtschaftliche Dynamik auslösen und die Transformation tragfähig absichern.

#### **5. Wie kann das Klimaschutzprogramm dazu beitragen, das Zusammenwirken bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zwischen Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu optimieren?**

Das Klimaschutzprogramm kann die Zusammenarbeit der Ebenen fördern, indem es klar definierte Rollen und Verantwortlichkeiten für Bund, Länder und Kommunen festlegt und die Maßnahmenplanung aufeinander abstimmt. Es kann verbindliche Rahmenvorgaben, standardisierte Prozesse und digitale Tools bereitstellen, die von allen Ebenen genutzt werden, um Planungen, Förderanträge und Umsetzungsschritte zu synchronisieren. Zusätzlich können Koordinations- und Austauschplattformen sowie Monitoringinstrumente geschaffen werden, sodass Informationen, Best Practices und Herausforderungen transparent geteilt werden können und ein strukturierter Erfahrungsaustausch zwischen den Ebenen möglich wird.

Als Konsequenz verbessert sich für das Handwerk die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen erheblich: Genehmigungs- und Förderverfahren werden planbarer und weniger bürokratisch, regionale Klimaschutzmaßnahmen können frühzeitig koordiniert werden und Handwerksbetriebe erhalten bessere Planungssicherheit, um effizient Sanierungen, Installationen erneuerbarer Energien und andere klimarelevante Arbeiten durchzuführen. Gleichzeitig eröffnet die abgestimmte Vorgehensweise Chancen, die Klimaziele aktiv umzusetzen, indem das Handwerk direkt an der praktischen Umsetzung von Energieeffizienz, erneuerbaren Technologien und nachhaltiger Infrastruktur beteiligt wird.

./.

---

**Ansprechpartner:** Robert Moczygemba

Bereich: Wirtschaftspolitik

+49 30 20619-267

moczygemba@zdh.de · www.zdh.de

**Herausgeber:**

Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.

Haus des Deutschen Handwerks

Anton-Wilhelm-Amo-Straße · 10117 Berlin

Postfach 110472 · 10834 Berlin

Lobbyregister: R002265

EU Transparency Register: 5189667783-94

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von rund 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit rund 5,6 Millionen Beschäftigten. Als Spitzenorganisation der Wirtschaft mit Sitz in Berlin bündelt der ZDH die Arbeit von Handwerkskammern, Fachverbänden des Handwerks auf Bundesebene sowie bedeutenden wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks in Deutschland. Mehr unter [www.zdh.de](http://www.zdh.de)